

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD



FOTO: BÜRO GREMMELS

BEZIRK
HESSEN-NORD

SPD

**Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,**

der SPD-Bezirk Hessen-Nord hat sich seit Jahrzehnten an der Seite der Mehrheit der Bevölkerung in der betroffenen Region für den Weiterbau der A 49 eingesetzt. Wir begrüßen, dass nach einem langwierigen demokratischen Verfahren nun endlich das Baurecht für den Lückenschluss der A 49 bis zur A 5 vorliegt und erwarten, dass dieses zügig umgesetzt wird.

Viele Jahre sind die Bedenken zu den Belastungen der Autobahn in Sachen Natur-, Klima- und Gewässerschutz abgewogen worden. Der Weiterbau wurde zwischenzeitlich durch zahlreiche Gerichtsurteile bestätigt.

Der Ausbau der A 49 bietet einerseits enorme strukturpolitische Chancen für die gesamte Region Nordhessen, für eine bessere Erschließung und Stärkung unseres ländlichen Raumes. Zugleich wird die Fertigstellung der Autobahn die Menschen, die an den insbesondere vom Schwerverkehr stark befahrenen Durchgangsstraßen der Orte entlang der B3 leben, endlich von Lärm und Umweltbeeinträchtigungen entlasten.

Wenn die A 49 nicht fertig gebaut werden würde, bliebe der Verkehr weiter an deren Stummelende in Schwalmstadt hängen. Die Anwohner müssten das ausbaden, weil der gestiegene Verkehr sich durch die südlich liegenden Kommunen wälzen würde.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Haltung der Grünen zum Weiterbau der A 49 zu kritisieren. Wieder einmal versuchen sie, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Während die hessischen Grünen den Autobahnbau in zwei Koalitionsverträgen mit abgesegnet haben, macht die Partei im Bund Stimmung gegen den Bau, fordert ein Moratorium und befeuert so einen bundesweiten Protesttourismus in die Region und damit die Eskalation vor Ort. Dass die Grünen durch ihren eigenen Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir den Weiterbau für den aktuellen Bundesverkehrswegeplan angemeldet hatten, jetzt aber im Bund und vor Ort das Ende der Baumaßnahmen fordern, kann niemand verstehen. Man kann nicht gleichzeitig Regierung und Opposition sein.

Die breite Mehrheit der Menschen in der betroffenen Region befürwortet den Weiterbau. An der Seite dieser Menschen und der ganzen Region steht die nordhessische SPD.

Timon Gremmels
Euer Timon ■



Konstruktiver Erfahrungsaustausch: AWO-Bezirksvorsitzende Doris Bischoff, SPD-Bezirksvorsitzender Timon Gremmels und der Geschäftsführer der AWO Nordhessen Michael Schmidt.

AWO IST IN DER REGION EIN WICHTIGER SOZIALPOLITISCHER AKTEUR

Die AWO Nordhessen ist ein wichtiger sozialpolitischer Akteur und Arbeitgeber in der Region“, sagte der nordhessische SPD-Bezirksvorsitzende Timon Gremmels bei einem Erfahrungsaustausch des SPD-Bezirksvorstands Hessen-Nord mit der Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Nordhessen, Doris Bischoff, und dem Geschäftsführer der AWO Nordhessen, Michael Schmidt.

In der Pandemiezeit zeigten sich für die Arbeiterwohlfahrt ähnliche Herausforderungen im ehrenamtlichen Bereich wie für die SPD. Insbesondere in der Kommunikation mit den Mitgliedern haben sich neue Methoden der Ansprache bewährt. „Es ist uns gelungen, per Videokonferenzen weiterhin die ehrenamtliche Arbeit zu organisieren“, so die AWO-Vorsitzende Doris Bischoff. Jetzt laufen auch direkte Kontakte und Versammlungen langsam wieder an, „ein Gewinn an zwischenmenschlicher Nähe“, unterstrich Bischoff. Mit entsprechenden Hygienevorschriften solle weiterhin ein sicherer Betrieb des ehrenamtlichen Engagements gewährleistet werden.

Die Arbeiterwohlfahrt Nordhessen ist mit ihren über 3.000 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen eine der größten

Arbeitgeberinnen in der Region. In der Altenhilfe, ihrem größten Geschäftsfeld, unterhält die AWO Nordhessen an mehr als 30 Standorten Pflegeeinrichtungen und -dienste und leistet somit einen erheblichen Beitrag zur Wirtschaftskraft der Region. Als Hessens größter Ausbilder für Pflegeberufe mit fünf Bildungsstätten an sechs Standorten engagiert sich der Verband für den Fachkräftenachwuchs. „Mit unseren sozialen Dienstleistungen für Kinder, Jugendliche und alternde Menschen tragen wir dazu bei, dass Teilhabe für alle, Eigenständigkeit und Selbsthilfe möglich werden. Auch unter den derzeit schwierigen Rahmenbedingungen stehen wir für ambitionierte und qualifizierte soziale Arbeit, deren wichtigste Kraftquelle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind“, betonte der Geschäftsführer der AWO Nordhessen Michael Schmidt.

„Ich danke der AWO Nordhessen für die informative und konstruktive Diskussion. Sie unterstreicht die seit vielen Jahren gute Zusammenarbeit zwischen Arbeiterwohlfahrt und SPD in Nordhessen. Wir werden unseren Austausch fortsetzen und uns auch zukünftig gemeinsam für eine gute Sozialpolitik in unserer Region einsetzen“, sagte Timon Gremmels zum Abschluss des Gesprächs. ■

GLÜCKWUNSCH!

Wilhelm Schönen aus Korbach
zum 102. Geburtstag

Elisabeth Stangor aus Fudabrück
Ursula Bredow aus Kassel
zum 101. Geburtstag

Katharina Honstein aus Dautphetal
Lothar Pietzsch aus Hünfeld
Ludwig Jöckel aus Neuhoß
Konrad Rudolph aus Immenhausen
zum 95. Geburtstag. ■

BUNDESTAG KAUFTE WERK DES KASSELER KÜNSTLERS MEHMET GÜLER AN

Im Rahmen der Förderung einheimischer Künstlerinnen und Künstler und besonders durch das persönliche Engagement des Kasseler Bundestagsabgeordneten Timon Gremmels hat der Deutsche Bundestag kürzlich ein Werk des Kasseler Künstlers Mehmet Güler erworben.

Das Ölgemälde „Genuss der Hitze“ wurde im Beisein des Künstlers, Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth MdB, Timon Gremmels MdB, Volker Schäfer, documentaforum Kassel, sowie des Kurators Dr. Andreas Kaernbach und Pressevertretern offiziell dem Deutschen

Bundestag übergeben.

Gremmels hatte sich über längere Zeit dafür eingesetzt, dass die herausragenden Werke abstrakter Kunst Gülers entsprechend gewürdigt werden. „Letztes Jahr fand in Kassel eine Ausstellung des Künstlers unter dem Motto ‚Leuchtkraft‘ statt. Schön, dass ein Werk aus dieser Ausstellung jetzt im Ort der deutschen Demokratie, dem Parlament, seine Leuchtkraft entfalten kann“, so Gremmels. Mehmet Güler, der aus Anatolien (Türkei) stammt, hatte sein Diplom in Malerei und Grafik in Ankara und später zusätzlich an der Hochschule für Bildende Kunst in Kassel



erworben. Er lebt seit 1977 in Kassel. Güler hat unzählige nationale wie internationale Ausstellungen gemacht und verschiedene Auszeichnungen erhalten. ■

Enthüllung des Kunstwerks „Genuss der Hitze“ des Kasseler Künstlers Mehmet Güler.

FÜR EINE HOCHWERTIGE PATIENTENVERSORGUNG

Die Patientenversorgung in Krankenhäusern spielt für eine hochwertige und moderne Gesundheitsversorgung eine große Rolle. Der Haushalt 2021 sieht vor, dass in den Krankenhaus-Zukunftsfonds 3 Milliarden Euro fließen. Die Corona-Pandemie macht deutlich, dass in den letzten Jahren zu wenig in die Digitalisierung und in eine moderne technische Ausstattung der Krankenhäuser investiert wurde. Mit dem Krankenhauszukunftsgesetz sollen notwendige Investitionen gefördert werden. Es ermöglicht umfangreiche Investitionen des Bundes in die Krankenhäuser, eigentlich eine Aufgabe der Länder. Ergänzend zum Krankenhausstrukturfonds sieht das Gesetz einen Krankenhauszukunftsfonds vor. Dieser fördert moderne Notfallkapazitäten, eine bessere digitale Infrastruktur, IT- und

Cybersicherheit sowie regionale Versorgungsstrukturen durch umfassende Investitionen. „Gerade in Corona-Zeiten ist dieses Geld gut angelegt!“, betonte der Gesundheitsminister Dr. Edgar Franke. Er machte klar, dass es falsch sei auf Kosten der Beschäftigten und Patienten zu sparen. Denn Ziel sei es, eine optimale medizinische Versorgung für alle zu gewährleisten. Besonders wichtig sei es, in Digitalisierung und IT-Infrastruktur in den Krankenhäusern zu investieren. Hier stellt der Bund 3 Milliarden Euro bereit. „Mit diesem Geld werden die Kliniken fit für die Zukunft gemacht.“ Durch die Digitalisierung soll für bessere Abläufe, weniger Fehler und letztlich auch für geringere Kosten gesorgt werden.

Auch die gesetzlichen Krankenkassen erhalten eine Unterstützung vom Bund. Regelmäßig bekommen sie jährlich einen

Ausgleich von knapp 15 Milliarden Euro für die Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben – zum Beispiel die kostenfreie Mitversicherung von Familienangehörigen. Nun hat die Pandemie ein großes Loch in ihre Finanzen gerissen. Daher zahlt der Bund zusätzlich 5 Milliarden Euro, um zu verhindern, dass die Beiträge der Versicherten stark steigen und die Rücklagen der Kassen geplündert werden. „Auch in Zukunft bleibt noch viel zu tun, um das Gesundheitssystem zu verbessern. Es ist notwendig, das Abrechnungssystem praxis- und patientenorientiert weiterzuentwickeln“, so Franke. Er verdeutlichte, dass eine Vergütung, die sich nur an Fallzahlen orientiert, keine flächendeckende Versorgung sicherstellt. Gerade im ländlichen Raum sei es wichtig, Vorhaltekosten unabhängig von den Erlösen zu finanzieren. ■



Dr. Edgar Franke MdB

FOTO: BÜRO FRANKE

NACHHALTIGKEIT IST RICHTSCHRITZ UNSERER POLITIK

Von Timon Gremmels MdB

Nachhaltigkeit ist mehr als ein ausgeglichener Haushalt – sie kann nur im Dreiklang aus Ökologie, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltigem Wirtschaften erreicht werden.

Mit dem Klimaschutzgesetz hat die Koalition im Jahr 2019 eine stärkere Würdigung des Themas „Nachhaltigkeit und Klima“ im Deutschen Bundestag beschlossen. Dieser Logik folgend findet ab jetzt regelmäßig eine gleichnamige Plenardebatte statt. Politik muss nachhaltig sein, um die Ökosysteme, das Klima und die Gesundheit zu schützen, Beschäftigung zu guten Bedingungen zu sichern und zukunftsträchtige Branchen entstehen zu lassen. Sie muss wirtschaftliche Prosperität fördern, aber gleichzeitig auch die finanziellen sowie sozialen Belastungen der Bürger und der Wirtschaft eindämmen.

All das haben wir bereits auf einen guten Weg gebracht. Als einziges Indust-

rieland der Welt steigen wir zeitgleich aus Kohle- und Kernenergie aus und treiben den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch Jahr für Jahr auf ein neues Rekordniveau. Wir haben ein ambitioniertes Klimapaket verabschiedet, mit dem wir in den nationalen Emissionshandel einsteigen, die Gebäude in Deutschland energetisch sanieren, den öffentlichen Nahverkehr massiv ausbauen und das Bahnfahren billiger machen. Wir haben sechs ausgeglichene Haushalte in Folge vorgelegt und waren deshalb in der Lage, in der Corona-Krise enorme soziale Auffangnetze zu spannen.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit gilt in jedem Politikfeld: In der Umweltpolitik zeigen erste Prognosen, dass Deutschland sein selbstgestecktes Klimaziel für 2020 erreichen wird. Mit dem Bundes-Klimaschutzgesetz gehen wir noch einen Schritt weiter und schreiben erstmals in Deutschland die Treibhausgasneutralität

bis 2050 fest.

Künftig müssen wir auf internationaler und europäischer Ebene noch intensiver kooperieren, um den Schutz des Klimas, der Gewässer, der Biodiversität und die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft voranzubringen. Denn nur so können wir nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen und gleichzeitig ein zukunftsfähiges Wirtschaften ermöglichen.

In der Wirtschafts- und Energiepolitik stellen wir fest, dass wir durch unsere energiepolitischen Maßnahmen heute rund 43 Prozent des deutschen Stroms aus erneuerbaren Quellen beziehen. Zur Förderung der sozialökologischen Marktwirtschaft müssen die erneuerbaren Energien in allen Sektoren ausgebaut und das gesetzlich verankerte 65 Prozent-Ziel am Bruttostromverbrauch in 2030 mit konkreten Ausbaupfaden hinterlegt werden. ■



Timon Gremmels MdB

FOTO: BÜRO GREMMELS

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord
Humboldtstr. 8 A
34117 Kassel
Fon 0561/7001013
Fax 0561/7001088
bezirk.hessen-nord@spd.de
www.spd-hessen-nord.de

DAS LAND HESSEN HAT INVESTITIONEN IN KOMMUNALE KLINIKEN VERNACHLÄSSIGT

Dr. Daniela Sommer MdL: Land erfüllt seine Verpflichtungen nicht

Eine gute medizinische Versorgung gehört zu den Grundpfeilern der Daseinsvorsorge. Gute Versorgung in erreichbarer Nähe braucht zukunftsfähige Konzepte. Dazu hat die Landesregierung keine Ideen, keine Lösungen, kein Konzept!“, sagte die gesundheitspolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Daniela Sommer.

Sommer kritisierte, dass das Land Hessen seit über 20 Jahren seine gesetzliche Pflicht zur Finanzierung der Investitionen in den Krankenhäusern vernachlässige. Das Land übernehme von über 300 Millionen an Investitionsbedarfen der Hessischen Krankenhäuser gerade einmal 18,4 Millionen Euro mit originären Landesmitteln. Dabei sei es Landesaufgabe, Investitionen zu tätigen: Das Land habe die gesetzliche Verpflichtung, im Rahmen des Sicherstellungsauftrages mit ausreichenden Investitionsmitteln die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen zu gewährleisten, so die SPD-Landtagsabgeordnete.

„Weil Hessen seiner Finanzierungspflicht seit Jahren nur unzureichend nachkommt, müssen Krankenhäuser ihre Investitionskosten zum Teil durch Erlöse aus den Fallpauschalen decken. Das Resultat sind verschuldete Kliniken, fehlendes Personal und ein Anstieg an unnötigen Operationen. Damit leidet nicht nur die Qualität der Krankenhäuser, sondern die Gesundheit der Patienten wird zunehmend gefährdet“, warnte Sommer und wies darauf hin, dass Kreise und Kommunen neben der Übernahme der Defizite mit Krankenhaumlage, Heimatumlage und Kommunalem Finanzausgleich die notwendigen Investitionen bestreiten müssen. Aber auch die Patienten, Ärzte und Pflegekräfte zahlten für viele Investitionen, indem Krankenhäuser Personal einsparen. Konsequenz der Investitionslücke sei auch die knappe Personalbesetzung in den Krankenhäusern. Kreise, Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger fühlen sich vom Land im Stich gelassen.

Sommer forderte das Land auf, seinen Verpflichtungen nachzukommen:

„Es braucht eine verlässliche, aktive Krankenhausplanung, eine vernünftige Steuerung und eine Förderung durch das Land für den Erhalt einer Krankenhauslandschaft, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Dies gehört zur notwendigen und unverzichtbaren staatlichen Aufgabe des Landes.“ Die Landesregierung sei nicht bloß uneteiligter Zuschauer in der Krankenhausversorgung, sondern wichtiger Akteur.

„Die aktuelle Corona-Pandemie hat einmal mehr unterstrichen, wie wichtig eine gute medizinische Infrastruktur ist. Nicht nur in Krisenzeiten müssen wir alles dafür tun, dass alle Menschen, insbesondere auch ältere, eine gute allgemein- und fachärztliche Versorgung vorfinden können. Unser Dank und unsere Anerkennung gebühren allen Krankenhäusern, allen im Gesundheits- und Pflegebereich tätigen Menschen, die die gesundheitliche Daseinsvorsorge aufrechterhalten und die Herausforderungen der Pandemie mit vorbildlichem Engagement meistern“, sagte Dr. Sommer abschließend. ■



Dr. Daniela Sommer MdL.

FOTO: BÜRO SOMMER

KEINEN KAHLSCHLAG BEI CONTINENTAL SPD UNTERSTÜTZT DIE BELEGSCHAFT

Wofgang Decker MdL zu geplanten Werkschließungen bei Continental

Die hessischen Standorte des Automobilzulieferers Continental, dabei auch der Standort im nordhessischen Bebra, sind nach den Plänen der Konzernleitung von Werkschließungen bzw. von massivem Arbeitsplatzabbau bedroht. Die SPD stellt sich solidarisch an die Seite der Beschäftigten und der Gewerkschaft IG Metall, die sich jetzt vehement gegen die Arbeitsplatzvernichtung wehren.

„Mit den angekündigten Maßnahmen ist der Standort Hessen des Autozulieferers von massiven Arbeitsplatzverlusten bedroht. Dies kann und darf man nicht ohne Gegenwehr hinnehmen. Hier geht es um tausende Arbeitsplätze, die zu verschwinden drohen. Deshalb unterstüt-

zen wir die betroffenen Belegschaften und die IG Metall in ihrem Kampf um den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze“, unterstrich der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Wofgang Decker. Es sei zwar nicht von der Hand zu weisen, dass der Transformationsprozess in der Automobilbranche und damit auch bei den Zulieferern zahlreiche Arbeitsplätze kosten werde, aber solchen Veränderungen dürfe man nicht mit radikalen Maßnahmen, wie etwa Werkschließungen und drastischem Arbeitsplatzabbau begegnen. Vielmehr seien hier intelligente Umstrukturierungen, gezielt Weiterbildung und sozialplanbegleitende Vorruhestands- und ähnliche Regelungen notwendig und zielführend.

„Die Corona-Pandemie hat gewiss auch in dieser Branche zusätzliche Probleme gebracht, die schwierig zu meistern sind. Aber man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, dass der Konzern die Krise für einen radikalen Schnitt nutzen will. Das muss verhindert werden“, sagte Wofgang Decker. Man erwarte deshalb auch von der schwarzgrünen Landesregierung, dass sie alles dafür tut, um den Standort Hessen zu schützen. „Besonders bitter ist es, dass sich die Belegschaft Standortsicherungen in den vergangenen Jahren durch Gehaltsverzicht, Stellenabbau und Kurzarbeit teuer erkaufen mussten. Final droht jetzt dennoch der Verlust der Arbeitsplätze. Das ist nicht fair“, so Decker. ■



Wofgang Decker, MdL

FOTO: BÜRO DECKER

DIE SPD WILL FAIRPLAY IM WELTHANDEL UND EIN LIEFERKETTENGESETZ

Esther Dilcher: Neuausrichtung in der Handelspolitik

Niedrigste Löhne, fehlender Arbeitsschutz, Kinderarbeit – in anderen Teilen der Welt sind das die Auswüchse der Globalisierung. Zu viele unserer Unternehmen, die im Ausland produzieren oder zuliefern lassen, nehmen solche Menschenrechtsverletzungen billigend in Kauf.

Mit einem Lieferkettengesetz wollen wir die Reißleine ziehen, denn in vielen Produkten, die wir in Europa einkaufen, steckt Ausbeutung. Durch die niedrigen Preise wird diese Ausbeutung am Markt auch noch belohnt und setzt ehrbare Unternehmen unter zusätzlichen Druck.

Einerseits wollen wir als SPD menschenrechtliche, ökologische und soziale

Standards mit konkreten Beschwerde- und Sanktionsmechanismen in alle EU-Handelsabkommen aufnehmen. Deswegen verlangen wir, dass im Mercosur-Abkommen (zwischen der EU und vier südamerikanischen Ländern), welches derzeit verhandelt wird, diese Aspekte ausdrücklich aufgenommen werden. Diese Forderung ist im Kern seit vielen Jahren fester Bestandteil aller Beschlüsse der SPD-Bundestagsfraktion und aller SPD-Bundesparteitage. Im Koalitionsvertrag konnten wir sie fast 1:1 durchsetzen. Mehr Infos gibt es in der Broschüre „Fairplay im Welthandel – Für eine sozialdemokratische Neuausrichtung der Handelspolitik“ aus dem Oktober 2018.

Zweitens werden wir darauf bestehen, dass der Schutz von Menschenrechten nicht nur in internationalen Abkommen gewährleistet wird, sondern auch zum Standard in deutschen Unternehmen wird. Wir wollen Unternehmen ab 500 Beschäftigten verpflichten, Verantwortung für die Produktionsbedingungen ihrer Waren zu übernehmen – und zwar entlang ihrer gesamten Lieferkette. Das geht aber nur, wenn die Firmen auch bei Verstößen zivilrechtlich in Haftung genommen werden können. Noch konnten wir dazu keine Einigung erreichen, aber wir verhandeln weiter – ganz im Sinne der großen Mehrheit der Bevölkerung, die das Lieferkettengesetz unterstützt. ■



Esther Dilcher MdB

FOTO: BÜRO DILCHER

SPD TRAUERT UM KARL-HEINZ SCHMIDT

Im Alter von 80 Jahren verstarb der frühere Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Waldeck-Frankenberg, Karl-Heinz Schmidt.

Seit 1963 war Karl-Heinz Schmidt Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Nach seiner anfänglichen Tätigkeit bei der Deutschen Bundesbahn wechselte Karl-Heinz Schmidt schon frühzeitig als Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Waldeck-Frankenberg in die Geschäftsstelle Korbach, wo er sich über Jahrzehnte für die Ziele der Sozialdemokratie eingesetzt hat.

Als hauptamtlicher Mitarbeiter der SPD hatte Karl-Heinz Schmidt natürlich auch optimale Voraussetzungen für sein ehrenamtliches Engagement. Sein Leben beruflich, wie auch privat, war die SPD.

Von 1968 bis 1971 war Karl-Heinz

Schmidt Gemeindevertreter in der damals selbständigen Gemeinde Höringhausen und anschließend von 1971 bis 2016 Stadtverordneter in Waldeck.

Als Vorsitzender führte er die SPD-Fraktion der Stadt Waldeck von 1971 bis 2011.

Das höchste Amt der Stadt Waldeck, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, hatte Karl-Heinz Schmidt von 2011 bis 2016 inne. Gleichzeitig hat er zwischen 2001 und 2016 als Ortsbeiratsmitglied in Höringhausen die Interessen seiner Heimatgemeinde vertreten.

Den SPD-Ortsverein Höringhausen leitete er als Vorsitzender überaus erfolgreich von 1969 bis 2012.

Der Höhepunkt seiner politischen Karriere war die Zeit 1989 bis 1991 als Karl-Heinz Schmidt als Abgeordneter dem Hessischen Landtag angehörte.

Karl-Heinz Schmidt war in allen Vereinen seines Heimatortes als Mitglied registriert.

Für seine großen Verdienste wurde Karl-Heinz Schmidt 1992 mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet. Eine weitere Auszeichnung erhielt er für über 25-jährige ehrenamtlich kommunalpolitische Tätigkeit. Der Ehrenbecher der SPD wurde ihm 2016 verliehen.

Karl-Heinz Schmidt war ein Kämpfer. Er hat sich in seinem Leben stets für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger seiner Heimatgemeinde und vor allem für die Ziele der Sozialdemokratie eingesetzt. Er verfolgte diese Ziele stets mit besonderer Beharrlichkeit.

Seinen Einsatz zum Wohl der Menschen und zur Verbesserung ihres Lebensumfeldes werden wir nicht vergessen. ■



Karl-Heinz Schmidt

FOTO: PRIVAT